

Nicht Zeitenwendenmüde werden!

Jana Puglierin

Das Bewusstsein für die Dringlichkeit einer sicherheitspolitischen Wende droht in Teilen der Politik und in der breiteren Bevölkerung schon wieder zu verpuffen.

Man stelle sich für einen Moment vor, jemand hätte dem neuen Bundeskabinett bei seiner Vereidigung im Dezember 2021 vorausgesagt, einer aus ihren Reihen werde knapp zwei Jahre später dazu aufrufen, Deutschland müsse wieder „kriegstüchtig“ werden. Der Hinweis auf einen baldigen Besuch beim Psychiater wäre wahrscheinlich noch die freundlichste Reaktion darauf gewesen. Damals war Boris Pistorius noch niedersächsischer Minister für Inneres und Sport, Nord Stream 2 eine betriebsbereite, bereits mit Gas befüllte Pipeline, und Angela Merkel die scheidende Führerin der freien Welt.

Es ist wichtig, bei einer Zwischenbilanz der Zeitenwende im Hinterkopf zu behalten, dass eine grundlegende Revision der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik so ziemlich das letzte war, was die Ampel-Koalition im Sinn hatte, als sie mit dem Regieren begann. Die größte Herausforderung für die Streitkräfte schien in jenen Tagen zu sein, nie wieder so ein Debakel wie beim Abzug aus Afghanistan zu erleben.

Der Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, den viele im politischen Berlin nicht haben kommen sehen (oder nicht haben kommen sehen wollen), hat die Bundesregierung buchstäblich über Nacht gezwungen, sich von Grundannahmen und Handlungsmaximen zu verabschieden, die über viele Jahrzehnte handlungsleitend waren. Dazu gehört vor allem die Idee einer europäischen „Friedensdividende“, auf deren Basis sich Deutschland trotz seiner zunehmenden Beteiligung an Auslandseinsätzen immer noch in erster Linie als „Zivilmacht“ verstand.

Autorin

Dr. Jana Puglierin ist Kuratoriumsmitglied der GSP.

Die „Zeitenwende“ wurde also nicht von innen heraus gewollt, sondern sie wurde Deutschland von außen aufgezwungen. Sie war zum Zeitpunkt von Scholz' Rede im Februar 2022 kein durchdachtes außenpolitisches Konzept, sondern etwas, das der Kanzler „beobachtete“ und auf das es zu reagieren galt. Erst im Laufe der darauffolgenden Monate wurde daraus ein neues Regierungsprogramm. Misst man die Ergebnisse der Zeitenwende-Politik daran, wie groß die Veränderungen seit Dezember 2021 sind, so ist die Ampel durchaus weit gekommen: Nach Dekaden der Vernachlässigung hat sie mit dem Sondervermögen zumindest die Grundlage dafür geschaffen, die Mangelwirtschaft in der Bundeswehr zu beenden. In weniger als einem Jahr hat sie die militärische Ausrüstung der Ukraine von Helmen auf Kampfpanzer hochgefahren und ist inzwischen zweitgrößter Geberstaat. Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien beschreiben die veränderte sicherheitspolitische Lage ohne jedes Schönreden und ziehen auf dieser Grundlage drastische Konsequenzen für die Bundeswehr.

Gleichzeitig hat man aber das Gefühl, dass die mobilisierende Wirkung des russischen Angriffskrieges und das Bewusstsein für die Dringlichkeit einer sicherheitspolitischen Wende in der breiteren Bevölkerung sowie in Teilen des Bundestages schon wieder ziemlich verpufft ist. Je mehr Zeit nach dem Beginn des Krieges gegen die Ukraine ins Land ging, ohne dass Moskau weitere große Geländegewinne machen konnte, desto stärker rückten Themen wie die stark gestiegenen Energiepreise, das Heizungsgesetz und Migration in den Vordergrund – während das unmittelbare Bedrohungsgefühl wieder schwand. Wenn der bayrische Ministerpräsident Markus Söder davon spricht, die CSU teile ausdrücklich nicht die Zielrichtung der Bundesregierung, „kriegstüchtig und kriegsbereit zu werden“, oder SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich kritisiert, „kriegstüchtig oder kriegsfähig zu werden“, werde „der Komplexität nicht gerecht“, dann hat man den Eindruck,

dass die deutsche Politik vor allem darum bemüht ist, sich und ihrer Wählerschaft so wenig Zeitenwende-Realität wie möglich zuzumuten.

Am deutlichsten sieht man die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Haushaltsentwurf für 2024, dem letzten regulären Haushalt vor dem Wahljahr 2025. Legt man diesen neben die neue nationale Sicherheitsstrategie, so stellt man fest, dass die Bundesregierung künftig mehr Sicherheit für insgesamt weniger Geld erreichen möchte – das gilt sowohl für den Einzelplan 14 als auch für die zivilen Mittel. Zwar hat der Bundeskanzler auf der Bundeswehrtagung 2023 noch einmal bekräftigt, dass er das Zwei-Prozent-Ziel dauerhaft gewährleisten will. Doch die Aussage darüber, wie genau er dies zukünftig erreichen will – ob durch ein weiteres Sondervermögen, drastische Kürzungen bei anderen Haushaltsposten oder das Aufweichen der Schuldenbremse –, bleibt er schuldig.

Ohne die Planungssicherheit, das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und den deutschen Beitrag zu den NATO-Fähigkeitszielen mittelfristig vollständig aus dem regulären Haushalt stemmen zu können, kann auch der ambitionierteste Verteidigungsminister die Zeitenwende nicht erfolgreich umsetzen. Stand heute sieht es nach Verabschiedung des Sondervermögens düster aus: Alle Kostensteigerungen, die sich aus den neuen Beschaffungen ergeben (z.B. mehr Wartung, mehr Treibstoff, mehr Munition, steigende Personalkosten), müssten mit einem Haushalt abgedeckt werden, der bereits 2022 nicht ausgereicht hat. Für neue Investitionen bliebe nichts übrig. Alle durch das Sondervermögen getätigten Investitionen wären nicht nachhaltig und der deutsche Beitrag zur militärischen Verteidigung Europas würde wieder weit unter die Zwei-Prozent-Marke sacken. Die Folgen für Handlungsfähigkeit der Bundeswehr, aber eben auch der NATO und der EU, wären fatal.

Die vergangenen 18 Monate haben gezeigt, wie schwer es den handeln-

den Akteuren fällt, Politik auf Grundlage einer Realität zu denken, die nicht diejenige der eigenen Sozialisation ist. Dennoch gibt es für Deutschland kein zurück zum Status quo ante. Die internationalen Umbrüche lassen sich nicht aufhalten oder umkehren. Deutschland wird zukünftig mehr als jemals zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges zum Garanten von Sicherheit in Europa werden müssen. Nimmt man diese Herausforderungen als Maßstab für die „Zeitenwende“-Politik der Regierung, so können die

Weichenstellungen der ersten Halbzeit allenfalls ein zaghafter Anfang sein. Beim Bemühen, die Konsequenzen für die Deutschen verdaubar zu machen, bleibt der Blick noch zu oft am eigenen Teller rand haften. Dabei sind die Ansprüche an Deutschland, auch in der europäischen Verteidigungspolitik eine führende Rolle zu spielen, immens. Die Bundesregierung darf deshalb nicht müde werden, den Bürgerinnen und Bürgern klar zu kommunizieren, was es tatsächlich heißt, ein freies und offenes, gerechtes und friedliches

Europa in der neuen Zeit zu verteidigen. Sie muss deutlich machen, dass dies eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung ist, die nicht auf die Bundeswehr beschränkt ist. Noch ist mit Joe Biden ein amerikanischer Präsident im Amt, der sich militärisch stark in Europa engagiert. Aber es ist nicht davon auszugehen, dass dies dauerhaft so bleibt, selbst wenn Donald Trump 2024 nicht erneut ins Weiße Haus einzieht. Wir haben wirklich keine Zeit zu verlieren.

In eigener redaktioneller Verantwortung.

Die Gesellschaft im Netz: Block, Twitter, Instagram und Podcast



mitsicherheitkontroversers.de



twitter.com/GSPsipo



<https://open.spotify.com/show/3Z42mZ6qXNsyEefj6GhvKZ>



instagram.com/gsp_sipo

